Kollektivvertreter nicht administrativ und ohne vorherige Kollektivberatung benannt werden. Vereinzelt Erscheinungen einer Mitwirkung „um jeden Preis“ wird richtigerweise entgegengewirkt. Das entspricht auch der Richtlinie des Obersten Gerichts zu Fragen der gerichtlichen Beweisaufnahme und Wahrheitsfindung im sozialistischen Strafprozeß vom 16. März 1978 (GBl. I Nr. 14 S. 169).

Angriffe bürgerlicher Ideologen auf die Mitwirkung

Angesichts der in den Ländern des Kapitals betriebenen Staatspolitik, die Werktätigen von der Teilnahme an staatlichen Entscheidungen, ihrer Verwirklichung und Kontrolle auch auf dem Gebiet der Justiz „auszuschließen“, fürchten die Ideologen des Imperialismus das Beispiel der vielfältigen Mitwirkungsformen der Bevölkerung in der sozialistischen Gesellschaft. Je weniger die kapitalistische Gesellschaft in der Lage ist, die Kriminalität auch nur unter Kontrolle zu halten, desto schärfer werden die Angriffe ihrer Ideologen gegen die vielfältigen gemeinsamen Aktivitäten der sozialistischen Gesellschaft, ihres Staates und aller Bürger bei der Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität (Art. 90 Abs. 2 der Verfassung der DDR).

Die Mitwirkung der Werktätigen im Sozialismus wird mit dem Ziel verleumdet, den Ausschluß der Bürger von der Mitwirkung in staatlichen Angelegenheiten in imperialistischen Staaten zu rechtfertigen. Den Bürgern in diesen Ländern soll suggeriert werden, daß nicht die Kriminalität, sondern die sozialistische Demokratie das Übel sei, was bekämpft werden müsse. Nach der Devise „lieber Kriminalität als Sozialismus“ sollen die Werktätigen manipuliert und davon abgehalten werden, Ansprüche auf Teilnahme an der Strafrechtsprechung zu stellen.

Die Angriffe von Ideologen der Monopolbourgeoisie gegen die demokratische Mitwirkung im Sozialismus richten sich in erster Linie gegen die Gemeinsamkeit zwischen Staat und Gesellschaft. Unter der allgemeinen Parole vom „Pluralismus“ treten sie vor allem dagegen auf, daß die Mitwirkung der Bürger im Sozialismus getragen ist vom einheitlichen gesellschaftlichen Gesamtinteresse. Diese Kräfte möchten die schöpferische Auseinandersetzung mit Rechtsverletzungen und ihren Ursachen und Bedingungen, die der Stärkung der Macht der Arbeiter und Bauern dient, gern in eine Opposition gegen den sozialistischen Staat und die Partei der Arbeiterklasse umfunktionieren.

In einem 1979 in der BRD erschienenen Buch der BRD-Strafrechtlerin R. Schwindt heißt es dazu: „Eis soll hier nicht in Abrede gestellt werden, daß hierin (im Arbeit- und Wohnbereich — d. Verf.) wirklich ein Stück Demokratie realisiert ist. Aber offensichtlich ist auch, daß die Gewährung von diesem Minimum an Demokratie abzulenken versucht von dem eigentlichen Konflikt zwischen Bevölkerung und Partielite: die Verweigerung von demokratischem Einfluß an der Spitze der politischen Macht.“¹³

Besonders verdächtig ist den bürgerlichen Ideologen die umfassende Mitwirkung der Bürger bei der Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität auch deshalb, weil sie wesentlich zur Einschränkung der Kriminalität beigetragen hat und auch damit die Überlegenheit des Sozialismus und seines humanistischen Charakters in scharfem Kontrast zur Kriminalitätsexplosion in der Welt des Kapitals zeigt. Um dieser Tatsache die Beispielwirkung zu nehmen, wird sie in etwas Negatives verwandelt. Daher wird die brüchige Totalitarismus-Doktrin bemüht, um die Mitwirkung der Bürger am Strafverfahren im Sozialismus zu verleumden. So rechnete sie der durch seine Verleumdungen des realen Sozialismus berichtigte sog. Ostrechtsforscher F.-C. Schroeder zu einem der „totalitären Züge“ des Strafverfahrens.¹⁴

Von dieser Grundposition wird eine ganze Kampagne gegen die Demokratie im Strafrecht und im Strafverfahren der DDR durchgeführt. Gesellschaftliche Erziehung sei „gleichbedeutend mit einem Ausgeliefertsein an das Kollektiv, das sich nicht selten von unsachlichen Beweggründen leiten läßt“.¹⁵ Die gesellschaftlichen Gerichte seien „Ausgangspunkt einer fast totalen Kontrolle allen Verhaltens der Bürger“.¹⁶ Nach F.-C. Schroeders Auffassung sind die breite gesellschaft-

liche Basis und die Öffentlichkeit der Strafverfolgung im Sozialismus schlechthin „Einschränkung der Freiheit“, denn ein wichtiger Grund für die geringe Kriminalitätsbelastung in der DDR sei „die offensichtlich sehr viel stärkere polizeiliche Überwachung und sonstige soziale Kontrolle in der DDR. Auch die starke Publizität des Strafverfahrens, insbesondere des Verfahrens vor den Konfliktkommissionen mit ihrer Prangerwirkung dürfte sich kriminalitätshindern auswirken. .. Damit zeigt sich schon, daß die Höhe der Kriminalitätsbelastung nicht für sich selbst als positiv angesehen werden kann. Vielmehr ist nach dem Preis zu fragen, mit dem sie erzielt wird. Hier erweist sich, daß der in der DDR an Freiheit des einzelnen gezahlte Preis für die Bundesrepublik einfach zu hoch wäre.“¹⁷

Es ist Ausdruck für den Verfall bürgerlichen Strafrechtsdenkens, wenn demokratische gesellschaftliche Initiativen zur Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität als „undemokratisch“ und „totalitär“ verteufelt werden, die Kriminalität aber als Ausdruck von Freiheit und Demokratie geradezu verherrlicht wird. So versteigt sich F.-C. Schroeder zu der Behauptung, daß „eine auffallend geringe Kriminalitätsbelastung Symptom für Lethargie, Immobilismus und Initiativmangel der Bevölkerung sein“ könne.¹³ Hohe Kriminalitätsraten werden damit als Ausdruck einer hochentwickelten Demokratie ausgegeben. Das gipfelt in der ständig wiederholten, abgegriffenen Phrase von der „Kriminalität als Preis der Freiheit“. So schrieb kürzlich der sog. BRD-Ostrechtsforscher S. Lammrich: „Die hohe Kriminalitätsrate ist ein Preis, den die Gesellschaft in den westlichen Demokratien für die dem einzelnen gewährten persönlichen Freiheiten zahlt.“¹⁹

Der Deutschlandfunk pries in einem Kommentar am 15. Dezember 1980 die Kriminalitätsflut in den USA als Ausdruck der Freiheit. Nachdem festgestellt worden war, daß in diesem Land alle paar Minuten ein Mensch ermordet wird²⁰, wurde wörtlich erklärt: „Amerika ist ein freies Land, und deshalb gibt es morgen um die gleiche Zeit hier 29 Erschossene mehr.“ Nach dieser Ideologie sind Mörder und andere Kriminelle frei, ja demokratisch handelnde Menschen. Demzufolge ist von der blindwütigen antikommunistischen Position dieser Ideologie jeder ein Feind von Freiheit und Demokratie, der die Menschen dazu mobilisiert, Zustände zu beseitigen, die Menschen in immer schneller wachsender Zahl zu Kriminellen machen.

Damit wird aber unfreiwillig und unbeabsichtigt bestätigt, daß das Gerede von Freiheit und Demokratie nach bürgerlich-imperialistischer Lesart nur ein Instrument zur Sicherung imperialistischer Gesellschaftsverhältnisse und zur Niederhaltung aller demokratischen Initiativen für ihre Überwindung ist.

13 R. Schwindt, Demokratie und Zentralismus bei der Mitwirkung der DDR-Bevölkerung in der Strafrechtspflege, Meisenheim am Blau 1979, S. 85.

14 F.-C. Schroeder, „Ernüchterung in der Strafrechtspflege der DDR“, Juristenzeitung (Tübingen) 1973, Nr. 20, S. 659.

15 I. Sagel-Grande, Die Entwicklung der Sanktionen ohne Freiheitsentzug im Strafrecht der DDR, Berlin (West) 1972, S. 62. Vgl. H. Weber, „Strafen ohne Freiheitsentzug und gesellschaftliche Erziehung im Zerspiegel bürgerlicher Ideologie“, Staat und Recht 1974, Heft 3, S. 459 ff. (insbes. S. 472 ff.).

16 U.-O. Sievering u. a., Alternativen zur Freiheitsstrafe, Frankfurt am Main 1982, S. 36.

17 F.-C. Schroeder, Das Strafrecht des realen Sozialismus, Opladen 1983, S. 182.

18 Ebenda, S. 182 f.

19 S. Lammrich, „Die Freiheitsstrafe in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern“ in: Der X. Parteitag der SED, Köln 1981, S. 143.

20 Vgl. „Angst vor dem Verbrechen - Realität für den USA-Bürger“, NJ 1981, Heft 3, S. 126.

Vom Staatsverlag der DDR noch lieferbar:

Prof. Dr. Karl A. Mollnau:

Vom Recht als Triebkraft wirtschaftlichen Wachstums

Schriftenreihe „Recht in unserer Zeit“, Heft 40
139 Seiten; EVP (DDR): 2,25 M

Der Autor erörtert einige Gesichtspunkte, wie, wo und in welchem Ausmaß das sozialistische Recht eingesetzt und genutzt werden kann, um die vom X. Parteitag der SED beschlossene Wirtschaftsstrategie zu realisieren. Er beschäftigt sich u. a. mit folgenden Problemen: ökonomisches Wachstum und ökonomische Potenz des Rechts, Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit des Leistungsprinzips, der Beitrag des Rechts zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, moralische Fundierung des Rechts und rechtliche Fundierung der Moral, die Einheit von Rechten und Pflichten, die Bedeutung von Ordnung und Sicherheit für die Planerfüllung.